

Potsdam, 22.01.2026

Pressemeldung

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Ines Filohn
Telefon: 0331 866-1251
0331 866-1356
0331 866-1359

E-Mail: presseamt@stk.brandenburg.de
Internet: <https://www.brandenburg.de>

  @staatskanzleibb

Impulse für die Lausitz durch die Nachnutzung stillgelegter Kraftwerkstandorte

Mehr als 120 Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Unternehmen, Wissenschaft und Politik haben heute in Cottbus auf Einladung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mögliche Perspektiven zur wirtschaftlichen und industriellen Nachnutzung ehemaliger Kraftwerksareale im Zuge des Kohleausstiegs diskutiert.

Der Lausitzbeauftragte des Ministerpräsidenten Dr. Klaus Freytag stellte heraus: „Die Nachnutzung der Standorte verlangt ein enges Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Ich freue mich daher sehr über den heutigen Auftakt mit zahlreichen Praxisbeispielen aus dem Rheinischen Revier, dem Ruhrgebiet, Niedersachsen, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und der jetzt fortzuführenden Dialogreihe.“

Im Rahmen der Konferenz verwies Freytag auch auf erste positive Beispiele in der Region: So entsteht auf dem ehemaligen Kraftwerksgelände in Lübbenau ein riesiges Rechenzentrum der Schwarz-Gruppe, zu der Lidl und Kaufland gehören. Das Rechenzentrum markiert mit elf Milliarden Euro die bislang größte Einzelinvestition in der Geschichte der Schwarz-Gruppe.

Wirtschaftsstaatssekretärin Dr. Friederike Haase betonte: „Die Bilanz nach fünf Jahren Strukturstärkungsprozess insgesamt ist positiv: Es wurden mehr Arbeitsplätze geschaffen als in der Bergbau- und Energiewirtschaft abgebaut wurden. Es ist der Beginn eines neuen Zeitabschnitts, der eine moderne Infrastruktur mit guten Arbeitsplätzen für Generationen schafft und für den wir gemeinsam jetzt die Weichen stellen können. Der eingeleitete Abstimmungsprozess zur Nachnutzung der Kraftwerksstandorte ist konsequent, denn für unsere zielgerichtete Förder- und Ansiedlungspolitik braucht es den engen Austausch mit allen Partnern, so auch mit Industrie, Forschung, Wirtschaftsförderung, Bürgern und Kommunen.“